

## 2. Etappe, Fünftagewoche und Medizin

Die Bedeutung des 11. Plenums des Zentralkomitees liegt in erster Linie in der Herausstellung der Perspektive unserer Republik, die auf der Grundlage eines wissenschaftlichen Programms jetzt mit der 2. Etappe des neuen ökonomischen Systems beginnt.

Der Rückblick auf das vergangene Jahr hat uns gezeigt, daß wir mit unseren bisherigen volkswirtschaftlichen Ergebnissen insgesamt zufrieden sein können: Unsere Arbeitsproduktivität wurde erhöht, die Qualität vieler Erzeugnisse gesteigert, und durch diese Leistungen aller Werkträger wird es möglich sein, ab April 1966 alle zweite Woche nur fünf Tage zu arbeiten, wobei die allgemeine Arbeitszeit auf 45 Stunden in der Woche beschränkt wird. Das bedeutet, daß dem größten Teil unserer Bevölkerung dann freie Tage hintereinander zur Verfügung stehen, wodurch eine wesentliche Verbesserung der bisherigen Lebensbedingungen erreicht und neue Möglichkeiten der Qualifizierung oder Berufsgestaltung mit der ganzen Familie geschaffen werden.

Zur Sicherung einer konsequenten Weiterentwicklung, wie sie unser Volkswirtschaftsplan 1966 vorsieht, ist jedoch die Mobilisierung aller Reserven erforderlich, und zwar auch im Bereich der Hochschulen und Universitäten. Auch für uns gilt, auf der einen Seite mit großer Sparsamkeit und dabei bestem Nutzeffekt mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu wirtschaften und auf der anderen Seite unsere Forschung so vorzutreiben, daß wir mit dem Weltstand konkurrieren können. Dabei wird uns eine höhere Qualität der Periode- und Jahresplanung und vor allem dann die Realisierung unserer Vorhaben von Nutzen sein.

Ein wesentlicher Bestandteil unserer sozialistischen Menschenführung ist das kontinuierliche sozialistische Bildungssystem, das auch von uns eine ständige Verbesserung von Lehre und Erziehung verlangt, damit durch eine Intensivierung der Wissenschaft ihr Weg zur unerschöpflichen Produktivkraft gebahnt wird.

Für uns Mediziner bringt die Fünftage-Arbeitswoche weitere neue Aufgaben mit sich. Die Angehörigen des Gesundheitswesens werden ebenfalls von dieser neuen Regelung erfaßt, es wird aber auch mit Recht verlangt, daß an dem arbeitsfreien Sonnabend die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung gewährleistet ist und darüber hinaus noch zusätzliche Möglichkeiten eingerichtet werden. Diese neuen Gegebenheiten machen eine Umstellung der Organisation mit zweckmäßigstem Einsatz aller Mitarbeiter erforderlich. Die größten Reserven für die Mediziner liegen jedoch in einem weiteren Ausbau der Prophylaxe. Durch vorbeugende Maßnahmen und vorzeitige Erkennung gesundheitlicher Schäden läßt sich viel zur Lösung unserer Gesamtzielen beitragen, denn die Gesundhaltung unserer Bevölkerung ist für uns Ärzte die verantwortungsvollste, aber zugleich schönste Aufgabe, mit der wir unserer Republik am besten dienen können!

## Wir werden stärker öffentlich wirken

Es wäre vermessen, behaupten zu wollen, wir hätten das 11. Plenum schon ausgewertet, seine Probleme zu Ende diskutiert. Sind doch nicht nur Fragen der Kultur bereit, sondern zu allen Bereichen unseres Lebens und ihren Zusammenhängen wichtige und richtungsweisende Gedanken ausgesprochen worden. Sie wollen studiert und auf das eigene Fach wie auf die Ausbildung und Erziehung der Studenten angewandt werden.

Für uns Kunsthistoriker und Kunsterzieher waren natürlich die Beiträge zu Fragen unserer Kunst und Kulturpolitik von ganz besonderer Bedeutung. Abgesehen davon, daß die bildende Kunst selbst einige Probleme aufgeworfen hat, müssen auch für sie die zu Film und Literatur gegebenen kritischen Ausführungen ausgewertet werden. Denn, freilich in geringerem Maße, es hat ja negative Tendenzen auch auf unserer letzten Bezirkskunstausstellung gegeben.

Das 11. Plenum bestätigte, daß unsere Arbeit, die sich vor allem auf die Mitarbeit im Verband bildender Künstler konzentrierte, in den letzten Monaten im Prinzip richtig war. Aber auch unser Verbum wurde uns deutlich: Wohl haben wir uns im Institut in einer Reihe von Diskussionen einen klaren Standpunkt erarbeitet, der auf den Prinzipien der Kulturpolitik unserer Partei fußt, und wir sind mit unserer Meinung vor die Öffentlichkeit getreten, aber wir hätten noch stärker und konzentrierter nach außen wirken müssen. Um das in Zukunft zu gewährleisten, planen wir jetzt, angeregt durch die Leitung unserer Fakultät, unsere Publikationen voraus.

Feiner hat das 11. Plenum bestätigt, daß der Weg richtig war, den wir mit der Bildung einer Sektion Kunsthistorisch im Verband begannen. Unsere Mitarbeit im Verband ist gerade jetzt entscheidend, da wir die V. Deutsche Kunstaustellung vorbereiten. Sie muß konsequent die Prinzipien des Marxismus-Leninismus in die Diskussion des Verbandes tragen, um Mängel, wie sie noch in der Bezirkskunstausstellung aufraten, zu vermeiden. Im Verlauf dieses Jahres werden wir uns-

eren Beitrag zur Ausarbeitung der Konzeption der Ausstellung leisten.

Die Fragen der Kulturpolitik unserer Partei in bezug auf die bildende Kunst, ihre Kontinuität und ihre Grundrichtung, werden im Mittelpunkt unserer Fachtagung „Der sozialistische Realismus – Prinzipien und Methoden der Bildgestaltung im Kunstunterricht“ stehen. Aus Anlaß des 20. Jahrestages unserer Partei soll nicht nur eine zusammenfassende Rückschau erfolgen, sondern vor allem dargelegt werden, wie die Kunsterziehung in unserer Schule die Kulturpolitik unserer Partei unterstützen und mitverwirklichen kann; denn in der Schule wird das Fundament gelegt für die musicale Bildung, für das kulturreiche Niveau unserer Menschen.

Wenn Genosse Walter Ulbricht darauf verwies, daß ein hohes Kulturniveau eine entscheidende Voraussetzung für die Entwicklung der schöpferischen Fähigkeiten der Menschen ist, so bestärkt uns das in unserem Vorhaben und macht deutlich, daß dazu nicht nur gründliche Untersuchungen notwendig sind, sondern gleichzeitig in allen Bereichen mit einer umfassenden musischen Erziehung begonnen werden muss.

Die Aufgaben, die uns das 11. Plenum stellt, sind zwar eine konsequente Weiterentwicklung der Kulturkonferenz und der Bitterfelder Beratungen unserer Partei, trotzdem stellen sie an uns neue Anforderungen. Wir wollen sie in Angriff nehmen zur Stärkung unserer Republik und zur Förderung unserer sozialistischen und realistischen Kunst.

**Zum Brief**  
Walter Ulbrichts an Prof. Dr. Maetzig

Prof. Dr. Eberhard Brüning, Dekan der Philologischen Fakultät  
**Schlochow**  
sei Maßstab für alle Suchenden

Mit großer Aufmerksamkeit, Genugtuung und Zustimmung habe ich den Brief des Genossen Walter Ulbricht an den Genossen Prof. Dr. Maetzig gelesen. Noch ganz unter dem Eindruck meiner unvergesslichen Begegnung mit dem sowjetischen Schriftsteller Michail Schlochow stehend, dem ich in Wessenskaja die Urkunde des Ehrendoktors der Philologischen Fakultät der Karl-Marx-Universität überreichen durfte, erschienen mir diese grundsätzlichen Ausführungen über die Position des Künstlers in der sozialistischen Gesellschaft von besonderer Bedeutung.

Gerade eine so hervorragende weilliterarische Persönlichkeit wie Schlochow – so meine ich – kann neben unseren eigenen Dichtern Johannes R. Becher und Bertolt Brecht zum Orientierungspunkt für alle „suchenden“ und um ihre künstlerische Profilierung ringenden Schriftsteller und Künstler der jüngeren Generation in der DDR dienen. Nicht zuletzt die Verleihung des Nobelpreises beweist, daß auch die westliche Welt Kenntnis genommen hat von der Größe der sozialistischen Literatur und der Ausstrahlungskraft des sozialistischen Realismus. Das wichtigste aber ist, daß diese Anerkennung nicht erreicht wurde durch eine „Annäherung“ an die Positionen der Modernisten oder irgendwelche Spielarten spätbürgerlicher Ideologien, sondern durch ein unabzügliches und konsequentes parteiliches Festhalten an den humanistischen Idealen eines Kommunisten. Durch die Fertigkeit seines marxistisch-leninistischen Standpunktes hat Schlochow auch im ideologischen und künstlerischen Bereich dem Gegner keinen Fullbreit Boden geschenkt.

Was Genosse Walter Ulbricht von der Verantwortung des Schriftstellers und Künstlers in der DDR sagt, trifft m. E. in gleichem Maße auf die Tätigkeit des Literaturwissenschaftlers zu. Auch für den letzteren darf es keine Übernahme von Maßstäben aus dem Westen geben, keinen selbstgefälligen Gutachterstandpunkt, kein Lieblingsglück mit Skeptizismus und Pessimismus. Für den Literaturwissenschaftler ist es hingegen nicht minder angebracht, stärker als bisher den Blick auf die sowjetische Literaturwissenschaft zu richten, ihre Ergebnisse sorgfältig zu studieren und von ihr zu lernen.

Prof. Dr. Horst Haase, Direktor des Instituts für Deutsche Literaturgeschichte

## An unsere Adresse gerichtet

Mitten im Klärungsprozeß der vom 11. Plenum aufgeworfenen Probleme ist uns der Brief des Genossen Walter Ulbricht an Genossen Prof. Kurt Maetzig eine wesentliche Hilfe. Er bestätigt uns die Positionen, auf die wir in unseren Auseinandersetzungen gelangt sind, und er veranlaßt uns, wichtige Fragen noch gründlicher zu durchdenken und daraus Schlüssefolgerungen für unsere Arbeit zu ziehen.

Genosse Ulbricht fragt, warum erst ein Plenum des Zentralkomitees notwendig war, um die kritikwürdigen Erscheinungen im Bereich der Kunst und Literatur aufzudecken. Wir empfinden diese Frage in besonderem Maße an unsere Adresse gerichtet. Denn die wissenschaftliche Analyse und die daraus resultierende Beurteilung der Entwicklung unserer Literatur ist die Aufgabe, mit der uns die Partei traut hat. Wir waren – wie Genosse Maetzig – in der Vergangenheit mit der Wirkung unserer Arbeit unszufrieden und suchten nach neuen Wegen. Die Ergebnisse aber entsprachen nicht den historischen Anforderungen, wurden der komplizierten Situation nicht gerecht und berücksichtigten nicht genügend die negativen Methoden des Gegners. Sie waren deshalb nicht dazu geeignet, gegen die Einflüsse der bürgerlichen Ideologie und gegen die Abweichungen von der Politik der Partei einzutreten und wirkungsvoll anzukämpfen. Das hat uns das 11. Plenum deutlich gemacht.

Wir waren und sind bemüht, uns über die Ursachen dafür zu verstehen und alle Probleme gründlich zu klären. Wir betrachten das als Voraussetzung für die Lösung der neuen Aufgaben, die sich auch für unsere Wissenschaft aus der II. Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung ergeben. Wir betrachten das auch als den entscheidenden Ausgangspunkt für die Verbesserung unserer Erziehungsarbeit.



dass dann zu erzielen ist, wenn die sozialistische Gemeinschaftsarbeit weiterentwickelt wird.

Es sollen in diesem Zusammenhang im Hinblick auf das Obengesagte einige Bemerkungen darüber gemacht werden, wie das Institut für Deutsche und Germanische Philologie versucht, den Forderungen nach der Gemeinschaftsarbeit in der Forschung gerecht zu werden. Das Institut ist mit der Bearbeitung zweier staatlicher Forschungsaufträge betraut. Der eine betrifft die deutsche Sprache der Gegenwart (insbesondere die stilistischen Aspekte der Grammatik und Lexikologie), der zweite die Entstehung der neuohochdeutschen Schriftsprache im 16.–18. Jahrhundert. Die Themen von Staatsexamenarbeiten und Dissertationen werden heute fast ausschließlich dem Komplex der beiden Forschungsaufträge entnommen. So sind Studenten und Doktoranden unmittelbar mit den entscheidenden Forschungsvorhaben des Instituts verbunden. Darüber hinaus liegt das Institut bei der Bearbeitung des zweiten Forschungsauftrages Partner der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Moskau. Gemeinsame Arbeitsverteilung sichern zweckmäßige Themenverteilung und produktive Arbeitsweise. Auch die Zusammenarbeit

mit dem Lehrstuhl für germanische Sprachen der Universität Wrocław im Rahmen des Freundschaftsvertrages ist eine Form der Gemeinschaftsarbeit in der Forschung. Aussprachen und Gastvorträge, die auch veröffentlicht werden, dienen der Erfüllung der jeweiligen Forschungsaufgaben.

Mit dem Pädagogischen Institut Erfurt sind Vereinbarungen über die Abstimmung einer wichtigen Themengruppe (Wortbildungslinie) innerhalb des ersten Forschungsauftrages getroffen – einschließlich einer Habilitationsschrift und einer Dissertation von Erfurter Kollegen, die von Angehörigen des Institutes betreut werden.

Die Arbeitsgruppe „Deutsch-Slawische

Forschungen zur Namenkunde und Siedlungsgeschichte“ vereint Slawisten, Historiker und Germanisten. In einem außerordentlich anregenden Zusammenwirken haben sie innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit bei der wissenschaftlichen Verarbeitung der slawischen und deutschen Ortsnamen Sachsen und Thüringens eine kollektive Leistung vollbracht, die internationale Anerkennung gefunden hat.

Schließlich darf auch die – freilich noch zu vervollkommenne – Zusammenarbeit innerhalb der Fachrichtung Germanistik zwischen Sprachwissenschaftlern und Lite-

raturwissenschaftlern nicht übersehen werden. Sie konzentriert sich zweckmäßigweise auf die Stilistik, wo sich linguistische und literaturwissenschaftliche Fragestellungen eng berühren. Mit der gemeinsamen Erörterung eines Textes von J. Bobrowalz zeichnen sich auf diesem Gebiet aussichtsreiche Perspektiven ab. Die Vorbereitung der vom Institut für Deutsche Literaturgeschichte geplanten Konferenzen über Johannes R. Becher und Bertolt Brecht wird

die hier genannten Formen der Gemeinschaftsarbeit in der Forschung werden ergänzt durch solche, die speziell für Lehre und Erziehung gelten. Der Ring schließt sich, denn die entscheidenden Voraussetzungen für höhere Leistungen unserer künftigen Lehrer im Unterricht und in der Erziehung sind – wie Walter Ulbricht es formuliert – „die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Pädagogen, die höhere wissenschaftliche Bildung, das größere pädagogische Können der Lehrer“.

Dr. habil. W. Fleischer  
Dozent am Institut für Deutsche und Germanische Philologie

## Die nationale Verantwortung des Philologen

Wie ein roter Faden zieht sich durch alle Ausführungen des 11. Plenums, daß unter den Bedingungen des umfassenden Aufbaus des Sozialismus und gleichzeitiger Auflösung des kapitalistischen Lagers, insbesondere des revisionistischen westdeutschen Staates, die Verantwortung jedes

einzelnen sehr stark gewachsen ist, auch die der Künstler und Wissenschaftler. Erich Honecker spricht dabei von der wahrhaft historischen Verantwortung, mit allen fortgeschrittenen Kräften unter Führung der Arbeiterklasse die Atomrustung in Westdeutschland zu verhindern und die Revanchegedanken zu entlarven, damit nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. „Die Hauptaufgabe ist, die Probleme unserer Zeit vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus aus zu beurteilen und selbständig zu durchdenken“ (H. Honecker).

Wo liegt nun die Verantwortung für einen Sprachwissenschaftler? Unter anderem darin, den gegenwärtigen Stand der

Entwicklung der Sprache zu erforschen, wie sich in ihr das Neue in unserer Gesellschaft widerspiegelt. Dabei wird es unmittelbar notwendig, sich mit der westdeutschen Sprachwissenschaft auseinanderzusetzen, denn leider kann bisher Untersuchungen zum Wortschatz der Gegenwartssprache überwiegend von westdeutscher Seite. Von dieser Position aus über wird die Widerspiegelung des gesellschaftlichen Fortschritts in unserer Sprache etwa folgendermaßen abgetan: „Sowjetdeutsch“ (Roegge 1959), „totaler polit. Sprachstil“ (Moser 1961), „Wörterbuch des kommunistischen Jargons“ (Herder-Bücherei 1959). Diese Begriffe zeigen, wie bestimmte falsche Wortinhalte die Entwicklung in der DDR

auf den Kopf stellen sollen, ein Ausdruck des Klassenkampfes auch auf sprachlichem Gebiet mit dem Ziel, die Autorität der DDR zu untergraben bzw. den Skeptizismus zu fördern. Damit kann man sich nicht einverstanden erklären. Das bereits erwähnte Verantwortungsbewußtsein erfordert gerade hier nachzuweisen, daß es sich nicht etwa um einen Sprachverfall, sondern um eine objektive Gesetzmäßigkeit handelt, auf deren Erfüllung wir stolz sind. Diese Fragen zu untersuchen, soll eine geplante Dissertation helfen.

Christiane Funke,  
wiss. Assistentin am Institut für  
Deutsche und Germanische Philologie